

Verantwortlicher Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neffamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.
Beretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Mosse, Haackstein & Vogler, G. L. Danne,
Jungblut, Berlin Verh. Arndt, Max Gerstmann,
Eberfeld W. Dienes, Greifswald G. J. Müller, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Neuberger, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die neuen Börsenordnungen.

Die offiziöse „Berl. Kor.“ schreibt:

In den letzten Tagen sind die neuen Börsenordnungen für die preussischen Börsen in der vom Minister für Handel und Gewerbe festgestellten Fassung sämtlich den beteiligten Handelsorganen zugefertigt worden, so daß sie zu Anfang des künftigen Jahres überall in Kraft treten können.
Dah der Erlass der Börsenordnungen nicht früher erfolgt ist, ist in der Presse mehrfach bemängelt worden, beruht aber darauf, daß der Feststellung der einzelnen Börsenordnungen eine Reihe von Verhandlungen vorausgehen mußten, deren Verlauf nicht ausschließlich von den Entscheidungen der Staatsregierung abhing.
Nachdem das Börsengesetz am 22. Juni d. J. erlassen worden war, erging schon unter dem 11. des folgenden Monats ein ausführlicher Erlass, wodurch die zuständigen Stellen zur Einreichung von Entwürfen neuer Börsenordnungen für die 15 preussischen Börsen aufgefordert wurden. Bei der Schwierigkeit der Sache mußte den zuständigen Handelsorganen und Regierungsbehörden eine angemessene Frist gelassen werden, die auf den 1. Oktober bestimmt wurde.
Nach ehe die Entwürfe sämtlich eingegangen waren, wurde zur Herbeiführung einer möglichst einheitlichen Ausfertigung des Gesetzes eine Konferenz von Delegirten der beteiligten Bundesregierungen berufen, deren am 26. und 27. Oktober abgehaltene Verhandlungen zugleich die Verhandlungen des provisorischen Börsenausschusses vorbereiteten hatten. Die Verhandlungen des letzteren fanden in der Zeit vom 19. bis zum 26. November statt. Erst als ihr Ergebnis vorlag, konnte der Bundesrath zur Feststellung der von ihm zu erlassenden Ausführungsbestimmungen schreiten und über die auf Wunsch der Beteiligten gestellten Anträge auf Gestattung von Ausnahmen von einzelnen Bestimmungen des Gesetzes Beschluß fassen. Neben der Erledigung dieser Vorbereitungen waren noch die Verhandlungen mit dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über die Neuregelung der Rentenbörse zum Abschluß zu bringen, bevor im Handelsministerium über die in den einzelnen Entwürfen der Börsenordnungen erforderlichen Aenderungen beschloffen werden konnte.
Nichtbeachtenswert kommen die Verfügungen, wodurch die zuständigen Behörden mit der Vornahme dieser Aenderungen beauftragt wurden, sämtlich zwischen dem 4. und 10. Dezember erlassen worden. Damit war die Feststellung der neuen Börsenordnungen im Wesentlichen beendet. Diese Erlasse wurden indes nicht überall gleich zur Ausführung gebracht, weil mehrere der beteiligten Handelsorgane gegen die angeordneten Aenderungen Einwendungen erhoben, die eine nachträgliche Verfügung des Handelsministers notwendig machten. Daburd erklert die endgültige Feststellung der Börsenordnungen und damit die Publikation der letzteren eine Verzögerung. Die Feststellung konnte für die Mehrzahl der Börsenordnungen erst zwischen dem 23. und 25. d. Mts. erfolgen. Es ist aber zu erwarten, daß alle Börsenordnungen noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes publizirt sein werden.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat den ihm von den Vertretern der Berliner Kaufmannschaft vorgelegten Entwurf einer neuen Börsenordnung für Berlin mit mehreren auf Grund des § 4 Absatz 2 des Reichsbörsengesetzes vom 22. Juni d. J. angeordneten Aenderungen genehmigt. Die wichtigsten dieser Aenderungen sind folgende:

1. In § 5 ist als Absatz 2 einzufügen: „Für die den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten betreffenden Angelegenheiten treten zu dem Vorstande der Produktbörse als weitere Mitglieder hinzu: a) 5 Vertreter der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Nebengewerbe, die der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf je 3 Jahre ernannt, b) 2 Vertreter der Müllererei oder anderer zu dem Geschäftsbetrieb an der Börse in Beziehung stehender Gewerbe, die der Minister für Handel und Gewerbe auf je 3 Jahre ernannt.“

4. In § 9 Absatz 1 ist am Schlusse hinzuzufügen: „Bei der Preisfeststellung für landwirtschaftliche Produkte sind mindestens 2 der als Vertreter der Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Nebengewerbe oder anderer Veräzweigungen ernannten Mitglieder des Vorstandes zur Mitwirkung berufen. Die Leitung der Preisfeststellung ist immer einem der gemäß § 3 gewählten Mitglieder des Vorstandes zu übertragen. Bei Meinungsverschiedenheiten unter den mitwirkenden Mitgliedern des Vorstandes entscheidet die Mehrheit. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des die Preisfeststellung leitenden Vorstandsmitgliedes den Ausschlag.“

11. Unter § 25 ist als § 25a einzufügen: „Ein Antrag auf Zulassung solcher Wertpapiere zum Börsenhandel, die gemäß § 3 Absatz 2 des Börsengesetzes vom 22. Juni d. J. vom Propäzktzwang entbunden sind, darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil der Antragsteller nicht zu den Besuchern der Börse gehört oder nicht in Berlin wohnt.“

12. In § 26 ist hinter Absatz 2 aufzunehmen: „Anträge auf Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel sind, soweit sie nicht zurückgewiesen werden, mindestens 14 Tage vor der Beschlußfassung durch Auszug an der Börse und Veröffentlichung in der Presse bekannt zu machen. Die Zulassung setzt voraus, daß bereits während eines längeren Zeitraums ein regelmäßiger Handel in dem Wertpapier stattgefunden hat. Die Prüfung hat sich über diese Voraussetzungen hinaus auch darauf zu erstrecken, ob dem Interesse des Börsenhandels an der Zulassung andere erhebliche wirtschaftliche Bedenken entgegenstehen. Vor der Zulassung ist der Vorstand des Unternehmens, um dessen Wertpapiere es sich handelt, über den Antrag zu hören. Die ergebenden Beschlüsse sind dem Minister für Handel und Gewerbe einzureichen. Die erhaltene Zulassung kann wegen Aufhörens eines erheblichen Börsenverkehrs sowie aus anderen Gründen jederzeit von dem Vorstande zurückgenommen werden.“

15. Unter § 29 sind als § 29a bis f einzufügen:

29a. In den zur Veröffentlichung gelangenden amtlichen Preisnotirungen sind die bei den verschiedenen Getreidegattungen (Weizen, Roggen, Gerste u. a. m.) nach Lagedes Ge-

schäftsverkehrs an der Börse hauptsächlich in Betracht kommenden Sorten nach Ursprung (Provenienz), Sattung, Qualitätsgewicht, Beschaffenheit (Farbe, Trockenheit, Geruch) und Erntezeit (alte oder neue Ernte) zu bezeichnen. Die Bestimmung über die hiernach in Betracht kommenden Sorten bleibt dem Minister für Handel und Gewerbe nach Anhörung des Vorstandes der Produktbörse vorbehalten. Bis zum Erlass dieser Bestimmung erfolgt die Notirung nach bestem Ermessen des Börsenvorstandes.

29b. Für jede einzelne der gemäß § 29a zur Notirung gelangenden Getreidesorten sind außer dem höchsten und niedrigsten Preise, der dafür bezahlt worden ist, soweit möglich, die gehandelten Mengen zu notiren.

29c. Hat in einzelnen der gemäß der Bestimmung in § 29a in Betracht kommenden Sorten kein Umsatz stattgefunden, so ist dies in der Kursnotiz zum Ausdruck zu bringen.

29d. Inwieweit Getreidegeschäfte keine derjenigen Sorten betreffen, für die eine besondere Notirung des Börsenpreises stattfindet, so ist wenigstens zwischen inländischer und ausländischer Provenienz, soweit möglich, zu unterscheiden. Z. B. „fontiger ausländischer Weizen“.

29e. Die Notirung eines wirklich gezahlten Preises darf nicht aus dem Grunde allein unterlassen werden, weil er der allgemeinen Lage des Geschäftsverkehrs nicht entspricht. Es ist aber zulässig, durch einen kurzen Zusatz auf etwaige besondere Verhältnisse hinzuweisen, welche die Abweichung von der allgemeinen Preislage erklären.

29f. Nur die wirklich gezahlten Preise dürfen notirt werden. Die Notirung eines auf bloßer Schätzung beruhenden Preises ist unzulässig.

Feldmarschall Karl Friedrich von Steinmetz.

geb. 27. Dezember 1796, gest. 4. August 1877.

Am hundertsten Geburtstag des energischen willensstarken Heerführers auf's neue zu gedenken, der 1866 das 5. Armee-Korps von Sieg zu Sieg führte und dadurch gleich am Anfange des Feldzuges gegen Oesterreich eine so entscheidende Wirkung auf seinen weitern glücklichen Verlauf ausübte, erscheint wie eine Ehrenpflicht der preussischen Armee, des preussischen Volkes. In jenen Kampf war Steinmetz gezogen, nachdem er vorher sich nicht nur in langen Friedensdienstleistungen bewährt, sondern auch schon früher den Kriegsvorbereitungen um seine Stirn gewunden hat; denn im Freiheitskriege 1813-15 hatte er sich das Eisene Kreuz verdient, im schleswig-holsteinischen Kriege 1848 als Regimentskommandeur in der Schlacht bei Schleswig den Orden...

...dann in Kadettenhäusern erzogen, war Steinmetz noch blutjung mit 16 1/2 Jahren mit dem York'schen Korps hinausgezogen. Der König hatte für den Jüngling, der sich im Kadettenhause hervorgethan hatte, ein besonderes Interesse gefaßt und ihn dorthin überweisen lassen. Dort aber sagte ihm bei der Meldung kurz und trocken, „er täusche ihn nicht brauchen.“ Da antwortete das Burschen dem eisenfesten General mit großer Bestimmtheit: „Dann werde ich zu Sr. Majestät nach Breslau zurückreisen.“ Das imponirte York so, daß er Steinmetz in das 1. ostpreussische Grenadier-Regiment einstellte, bei dem er den ganzen Feldzug mit Auszeichnung mitmachte. Für sein Verhalten bei Woon und vor Paris 1814 erhielt der Lieutenant von Steinmetz das Eisene Kreuz; drei Mal, bei Mersburg, Königswarttha und Wartenburg 1813 war er verwundet worden. Nach dem Feldzuge kam er zur Garde und fand 1829 als Hauptmann im Garde-Reserve-Infanterie-Regiment das besondere Wohlgefallen des Königs. Im schleswig-holsteinischen Kriege 1848 sehen wir den Major von Steinmetz an der Spitze der beiden Musketier-Bataillone des 2. Infanterie-Regiments in's Feld ziehen und, wie erwähnt, mit Auszeichnung kämpfen. Von 1851 bis 1854 war Steinmetz als Oberst Kommandeur des Kadetten-Korps. Dann Kommandant von Magdeburg, später Kommandant der 3. Garde-Infanterie-Brigade und zum Generalmajor befördert, wurde er im Herbst 1857 Kommandeur der 1. Division in Königsberg und bald darauf Generalleutnant. 1863 trat Steinmetz an die Spitze des 2. Armee-Korps und vertrat dieses Kommando 1864 mit dem des 5. Armee-Korps; binnen kurzem erfolgte seine Ernennung zum General der Infanterie. Wenn es ihm dann gelang, mit seinem Korps 1866 in den Schlachten bei Nachod, Salsitz und im Gelechte bei Schweinich drei feindliche Korps zu werfen, so lag das Geheimniß solchen Erfolges hauptsächlich in der Energie des Willens des Heerführers, der seine tapfern Truppen zu den höchsten Leistungen anzuspornen verstand und mit ihnen das fast unmögliche Scheinende vollbrachte. Aus Steinmetz dem König Wilhelm den zweiten Sieg von Salsitz meldete, gab er der Anerkennung für die Haltung seines Korps besonders warmen Ausdruck mit den Worten: „Meine Truppen sind nach zwei Schlachten noch voller Muth und Freudigkeit; sie brechen in lauten Jubel aus!“ Die Leistungen des Feldmarschalls im Jahre 1866 bilden das Hauptglied seiner glänzenden Laufbahn, doch ist auch noch seine Thätigkeit an der Spitze der 1. Armee 1870 besonders in der Schlacht bei Gravelotte rühmend hervorzuheben, indem ihr Angriff die Aufmerkbarkeit Bazaines auf seinem linken Flügel festsetzte und die frühzeitige und hinreichend starke Unterstützung des rechten verbündete. Schon 1866 hatte König Wilhelm noch vor der Schlacht bei Königgrätz dem heldenmüthigen General den schwarzen Adlerorden verliehen. Nach dem Feldzuge gegen Frankreich wurde Steinmetz unter Verleihung des Charakters als General-Feldmarschall zu den Offizieren der Armee versetzt und nahm seinen Wohnsitz in Götting. Im Wade Landeck ist er gestorben; seine Gebeine ruhen in Potsdam. Dort hat am 27. Dezember eine Deputation des Füsilier-Regiments Nr. 37, dessen Chef der bereidete Feldmarschall war, und das seit 1889 auch seinen Namen trägt, an seiner Grabstätte einen Kranz niedergelegt. Der eherner aufrechte Löwe aber auf dem Wilhelmshöheplatz in Posen, der dem 5. Armee-Korps zu Ehren als Denkmal für seine glänzenden Thaten 1866 errichtet wurde, ist auch ein richtiges Bild seines

Führers, der als „Löwe von Nachod und Salsitz“ fortleben wird in der Armee und im Volke.

Deutschland.

Berlin, 30. Dezember. Das Programm für den Neujahrsempfang am königlichen Hofe ist fertiggestellt; im Großen und Ganzen dürfte es von dem der früheren Jahre wenig abweichen. Kurz vor 12 Uhr wird der Kaiser die Vorkämpfer empfangen. Seit mehreren Jahren sind es deren beinahe hundert geworden; seitdem Spanien und die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Gesandtschaften zu dem Range von Vorkämpfern erhoben haben. Am Neujahrstage fährt die Vorkämpfer in den prächtigen Staatskarossen auf. Um 10 Uhr wird Gottesdienst in der Kapelle des königl. Schlosses abgehalten werden; wahrscheinlich wird Generalsuperintendent Dargender, der bekanntlich die beiden ältesten kaiserlichen Prinzen in Plön an Stelle des verstorbenen Prommel zur Konfirmation vorbereiten wird, die Festpredigt halten. Der Gottesdienst dürfte nach den Bestimmungen nur von kurzer Dauer sein; an diesem wird sich die Defilirtour im Weißen Saale des königlichen Schlosses, an dessen Front an diesem Tage neben der goldgelben Kaiserstandarte die purpurne Königsflagge und der kurbrandenburgische Adler im weißen Felde wehen, anschließen. Das Zeichen des Beginns der Defilirtour wird die im Aufgange aufgestellte Leibbatterie geben, indem sie 101 Schüsse löst. Nach dem Empfang der Vorkämpfer wird sich der Kaiser zur Parolcausgabe nach dem Zeughaus begeben; hier wird immer eine Anzahl Beförderungen bekannt gegeben. Wie in früheren Jahren, werden auch diesmal die sämtlichen kommandirenden Generale der deutschen Armee-Korps sich nach Berlin begeben; drei der Armee-Korps werden von Prinzen befehligt, das 6. in Breslau von dem Schwager des Kaisers, dem Erbprinzen Bernhard von Sachsen-Meiningen, das 12. in Dresden von dem Prinzen Georg von Sachsen, und das 1. baierische von dem Prinzen Arminius von Baiern. Die kommandirenden Generale dürfen auch diesmal wieder zu einem Festmahle, an dem auch der Chef des preussischen Generalstabes Theil nehmen wird, sich vereinigen.

Eine langwierige Arbeit sieht in der nächsten Zeit ihrem Abschluß entgegen, der Entwurf einer neuen Seemannsordnung, welcher an die Stelle der zum Theil antiquirten, zum Theil unzulänglichen Bestimmungen der Seemannsordnung von Jahre 1872 treten soll. Die mit der Ausarbeitung des Entwurfs betraute technische Kommission für Seeschifffahrt hat im Späthommer die Arbeiten soweit gefördert, daß der Reichstag die Arbeiten im Oktober der vollständigen Entwurf samt der Begründung vorgelegt werden konnte. Das Reichsamt des Innern hat nun zunächst die Entwürfe der Seeschiffarten über den Entwurf eingefordert. Die der Hanjastädte, von Oldenburg und Mecklenburg dürften bereits eingegangen sein. Zur Zeit steht noch das entscheidende Wort der preussischen Regierung aus, das eine längere Zeit der Vorbereitung beansprucht, denn es sind dazu eingehende Nachfragen an die Regierungen der staatenprovinzen notwendig, die ihrerseits mit den zahlreichen Interessenten sich in Verbindung zu setzen haben. Wenn dieser Theil der Vorarbeit erledigt ist, kann auf einen schnellen Abschluß im Reichsrathe gerechnet werden und ferner darauf, daß noch im Laufe dieser Session dem Reichstag der Gesetzentwurf zugeht.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. Dezember. Wie die „Politische Korrespondenz“ aus Konstantinopel meldet, findet auch eben veröffentlichte türkische Budget in sachverständigen Kreisen eine sehr vorsichtige, aber pessimistische Beurteilung. Die demunge am 1. Million höher eingestellten Einnahmen sind theilweise auf ungesicherte Eingänge basirt, zumal die Steuerkraft durch die Ereignisse der zwei letzten Jahre geschwächt ist, und werden daher als problematische angesehen.

Frankreich.

Paris, 27. Dezember. Der Fall Guillot giebt den Wählern wieder Anlaß zum frühesten Jubel. Obwohl sie selbst immer wieder betonen, daß der verhaftete geweseene Train-Kapitän von aller Berührung mit der Außenwelt abgeschlossen ist und der Untersuchungsrichter das strengste Geheimniß über seine Angelegenheit beobachtet, wissen sie dennoch unzählige Einzelheiten über die angebliche Schuld des Angeklagten und über den Gang der Untersuchung zu erzählen. Ein Blatt berichtet, die Geheimpolizei habe 1886 entdeckt, daß Hauptmann Guillot im Solde Deutschlands stehe, sie habe ihn überwacht, er habe Wind bekommen und sei ausgetrieben. Ein anderes Blatt weiß, daß die Entdeckung schon 1883 erfolgte, daß die Polizei aber drei Jahre lang mit der Verhaftung gewartet habe, um alle seine Verbindungen auszuforschen, was ihr auch größtentheils gelungen sei. Ein drittes Blatt schreibt aber den Vogel ab. Nach seiner Darstellung war Guillot 1870 in Deutschland Kriegsgefangener, dort bot er den deutschen Militärbehörden seine Dienste an, die angenommen wurden, und seit seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft hörte er nicht auf, im Dienste Deutschlands zu pionieren. Er soll in den achtziger Jahren häufig nach Belgien gereist und in Mons mit Herrn von Tausch zusammengekommen sein. Er hätte alles an Deutschland verrathen, was ihm dienstlich über das Transportwesen im Mobilmachungsfall bekannt geworden sei, und das sei so ziemlich ein großer Theil des Mobilmachungsplanes gewesen. Er hätte gute Beziehungen zu höheren Offizieren, zu einem Ministerpräsidenten und zu General Bonanger gehabt und sie für seine verrätherischen Zwecke ausgenützt. Jetzt habe er Geständnisse abgelegt und namentlich die Einrichtung des deutschen Spionendienstes an der belgischen, deutsch-französischen und schweizer Grenze enthüllt. Wahrscheinlich sind alle diese Geschichten freie Erfindung der betreffenden Blätter; sie regen inwiefern das Publikum in den stillen Feiertagen angenehm auf und das rechtzertieren sie vor dem Vernunftgewissen ihrer Verfasser.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 27. Dezember. Mit Rücksicht

auf das am 12. Juli 1897 außer Kraft tretende Handels- und Schifffahrtsgesetz zwischen Norwegen und Schweden beginnen die Norweger bereits ihre Maßregeln zu treffen. So ernannte das Finanzministerium einen Grenzinspektor, der die Leitung der Zollbewachung längs der Reichsgrenze übernehmen soll. Diese Zollbewachung wird, sofern es etwa nicht gelingen sollte, bis zum Ablauf des laufenden Handelsjahres eine Ueberprüfung über anderweitige Bestimmungen herbeizuführen, eine anderweitige Organisation erfahren. Unlängst schlug „Morgenbladet“ vor, daß der Grenzverkehr zwischen Norwegen und Schweden zum Gegenstand eines besonderen Gesetzes gemacht werden müßte. Schon in dem bisherigen Handelsgesetz bildete der eigentliche Grenzhandel einen Gegenstand für sich, der keine sonderliche Verbindung mit dem übrigen Inhalt des Gesetzes hatte. Es wird übrigens behauptet, daß der Grenzverkehr für Schweden eine weit größere Bedeutung wie für Norwegen habe. Für die schwedischen Grenzgebiete sei es ein Lebensbedingung, daß sie die nöthigen Lebensmittel von den norwegischen Landhändlern und naheliegenden Städten holen könnten. Wichtiger als der materielle Vorteil wird aber noch die Erhaltung des guten Verhältnisses zwischen den Grenzgebieten erachtet.

Rußland.

Petersburg, 29. Dezember. Der Großfürst und die Großfürstin Sergius Alexandrowitsch sind heute nach Moskau abgereist.

Serbien.

Belgrad, 29. Dezember. Das neue Kabinett ist gebildet und in folgender Weise zusammengesetzt: Simitsch Präsidium und Auzeres, General Mikowitsch Krieg, Belimowitsch öffentliche Arbeiten, Wuitsch Finanzen, Mika Georgiewitsch Inneres, Andra Nikolitich Kultus, Milowanowitsch Justiz.

Amerika.

Washington, 29. Dezember. Die „Post“ erzählt, Staatssekretär Olney und der spanische Gesandte Dupuy de Lôme hätten sich auf Grund einer amtlichen Mittheilung des spanischen Ministerpräsidenten Canovas über ein Abkommen mit den Kubanern verständigt. Demzufolge erachtet die spanische Regierung die Vereinigten Staaten, den Aufständischen die vereinbarten Bedingungen mitzutheilen, drückt ihr Bedauern über die Schädigungen aus, die dem amerikanischen Handel widerfahren sind, und stimmt dem Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages zu, der Amerika für diese Schäden schadlos hält. In seiner Mittheilung erklärt Canovas ferner, Spanien nehme die guten Dienste der Vereinigten Staaten als Vermittler und Bürgen für die zu gewöhnliche Amnestie und die Ausführung der geplanten Reformen an. Die Form der den Kubanern angebotenen Regierung würde sich auf eine Unabhängigkeit beschränken, was sie irgend einer Provinz ohne vollständige Trennung vom Mutterlande gewährt werden könne.

Zur Arbeiterbewegung.

Hamburg, 29. Dezember. Heute waren nach amtlicher Feststellung im Hafen in 41 Stauerbetrieben 2621 fremde Arbeiter thätig. Im Hafen lagen 243 Schiffe, von diesen waren 197 mit 387 Gängen in Thätigkeit; 104 dieser Schiffe lagen an den Kais, auf 74 arbeiteten 1214 Leute an 180 Krähen. In den Kaisgruppen selbst waren 2030 Arbeiter beschäftigt, und zwar 373 alte und 1657 neue Leute. Die Auszahlungen der Staatsunterstützungen sind heute in derselben Höhe wie früher erfolgt. Es wurden etwa 165 000 Mark ausbezahlt. Vom 19. bis 28. Dezember wurden 438 Seeleute angemustert, ferner an Bord von Schiffen noch 239, somit insgesamt 677 Seeleute.

Städtisches.

IV.

In dem Verwaltungsbericht der Stadt Stettin pro 1895-96 ist der Abtheilung für Sozialpolitik ein sehr eingehender Raum gewidmet. Wir entnehmen daraus Folgendes: In n u n g e n waren 30 mit 2100 Mitgliedern und 1764 Lehrlingen vorhanden, von denen 14 eigene Fachschulen besaßen; die Zahl der geprüften und ausgehobenen Lehrlinge per 1. April 1895-96 belief sich auf 531, die der Meisterprüfungen auf 93. Die Einnahmen sämtlicher Innungen betragen sich auf 26 091,71 Mark, die Ausgaben auf 21 939,60 Mark, das Kapitalvermögen am 1. April 1896 auf 20 844,87 Mark, der Werth des Immobilien-Besizes nach Abzug der Hypotheken auf 326 000 Mark und zwar gehört letzteres der Fleischer-Innung L. Das Vermögen der Nebenfassen beläuft sich auf 72 141,65 Mark. — Es bestehen 21 Innungsschiedsgerichte, von denen 99 Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen und 44 Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen erledigt sind.

Drückkrankenkassen befanden 26 mit 15 778 Mitgliedern, dieselben weisen 180 125,28 Mark Aktiva und 3400 Mark Passiva auf, der Reservefonds belief sich auf 173 175,89 Mark, der Kassenbestand am Schlusse des Rechnungsjahres auf 6444,35 Mark, die Zahl der Erkrankungsfälle auf 6556 mit 115 279 Krankentagen, die Zahl der Sterbefälle auf 195. Die Zahl der Fabrikkrankenkassen belief sich auf 18 mit 3748 Mitgliedern, wogegen zwischen eine neue getreten ist, ferner sind 6 Innungskassen neu begründet.

Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung sind vom 1. Oktober 1895 bis dahin 1896 140 Zwangsbeitragsaufträge und 99 Streitigkeiten eingegangen, von letzteren sind 40 durch Entscheidung gemäß § 124 des Gesetzes, 46 auf anderem Wege erledigt und 13 noch unerledigt geblieben. Die Entscheidungen betrafen größtentheils die Versicherungspflicht unständiger Arbeiter, der Aufwärtinnen, der Semmelfrauen, der Zeitungsausreiterinnen, die Zeitungen nicht selbst kaufen, der Garberodnenfrauen, der gegen Remuneration beschäftigten Handlungselbringer, der auf Kräfte allein angewiesenen Klebner, der Hausgewerbetreibenden, der Hausföhne, der

Dienstboten ausländischer Konsum, der Zuschneider mit mehr als 2000 Mark Gehalt u. s. w. Die gegen die Entscheidungen an den Herrn königlichen Regierungspräsidenten erhobenen Beschwerden wurden zurückgewiesen. Die Frage der Kranken- und Invaliditäts- und Altersversicherungspflicht der gegen Trinkgeld beschäftigten Kellerer gelangte auf letztinstanzlich an den Strafenrat des Oberlandesgerichts hierseits. Es erfolgte eine Verurtheilung. Die Entscheidungen erforderten zum großen Theile umfangreiche und zeitraubende Zeugenvernehmungen. Von den städtischen Angestellten wurden aus der Versicherung ausgedient die Bantechner, dagegen für versicherungspflichtig erachtet die Hülfelaternenzünder. Zur früheren Nachtwächter, die den Nachtwachdienst nur nebenberuflich, hat die Versicherungsanstalt ebenfalls Beiträge nachgefordert. Diese Angelegenheit schwebt noch. Die Zahl der Entscheidungen gemäß § 84 des Gesetzes belief sich auf 9. Anträge auf Milderung von Beiträgen wurden hier 45 eingereicht und an den Vorstand weitergegeben, und zwar auf Erstattung wegen Beitrags 31, wegen Todes des Versicherten 14. Befreiungsanträge von der Versicherungspflicht sind 22 gestellt und erledigt. Von den 53 gestellten Anträgen auf Altersrente sind befürwortet 37, nicht befürwortet 6, zurückgezogen 7, unerledigt 3. Von den 160 gestellten Anträgen auf Invalidenrente sind befürwortet 88, nicht befürwortet 29, zurückgezogen 18, unerledigt 25. 1893-94 betrogen die Invalidenrentenanträge nur 84.

Bei dem Gewerbegericht wurden in der Zeit vom 1. Oktober 1895 bis 30. September 1896 481 Klagen anhängig gemacht und von diesen 145 durch Vergleich, 6 durch Klagezurücknahme, 11 durch Anerkennung, 43 durch Vermittlung, 188 durch Endurtheil nach kontraktlicher Verhandlung und 57 auf andere Weise (außergerichtlicher Vergleich, Ausbleiben beider Parteien u. s. w.) erledigt. Es resultirte überhaupt 32 Sachen, von denen eine schon aus früherer Zeit. Von diesen 481 Sachen erkrankten sich allein wieder 196 Sachen, also ca. 41 Prozent gegen 36 Prozent im Vorjahre auf Entscheidungsanträge wegen ungerechtfertigter Entlassung, obgleich seitens des Gewerbegerichts die Arbeitgeber bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auf die Vorteile schriftlicher Arbeitsverträge hingewiesen und ihnen auf Verlangen auch Probestformulare zu diesen Verträgen kostenfrei eingehändigt wurden. Ein Theil dieser Prozesse ist jedoch grundlos angefallen. Es sind 58 Entscheidungslagen und 14 theilweise zurückgewiesen. Gerichtsbeschlüsse mühten wegen Unpäßlichkeit der Schuldner niedergeschlagen werden in 42 Fällen. An Ausständen sind 4 zur Kenntnis des Gewerbegerichts gelangt und zwar: 1. Der Streit der Konfektionschneider und Schneiderrinnen, beginnend im Februar cr., der 10 Wochen dauerte. In diesem Streit wurde das Gewerbegericht seitens der Streifenden als Einigungsamt angerufen; die Arbeitgeber haben jedoch irtweilig die Anrufung abgelehnt. Wesentliche Vortheile haben die Arbeitnehmer in diesem Streit nicht errungen. 2. und 3. Der Streit der Hofenarbeiter, der nur einige Tage dauerte, und derjenige der Kornträger, der auch nach kurzer Zeit beigelegt wurde. 4. Der Streit der Zimmergefelten, der nur ein partieller war und zur Zeit noch fortdauert. In den letzteren drei Fällen wurde das Gewerbegericht nicht angerufen. Gutachten sind vom Gewerbegericht nicht erfordert. Dagegen haben Anfang April 1896 auf Eruchen des Ministeriums für Handel und Gewerbe seitens des Gewerbegerichts Vernehmungen von Konfektionsrinnen, Zwickelmeistern, Schneidern und Näherinnen der hiesigen Herren- und Kleiderkonfektion stattgefunden, die den Zweck hatten, festzustellen, ob die hiesigen Löhne geringer, als die in Berlin gezahlten seien. Aus denselben ist in Kürze aus von allgemeinerem Interesse hervorzuheben, daß die Hausindustrie in der gedachten Branche sich ungefähr hier seit dem Jahre 1868 entwickelt hat. Es bestehen einige 30 größere Geschäfte, von denen 26 einen Verband gebildet haben. Der jährliche Umsatz wird auf 18 Millionen geschätzt. Davon wird etwa 1/2 Million nach Skandinavien — meist bessere Waare, weil in Skandinavien ein Gewichtszoll besteht, — und für etwa 50 000 Mark nach Australien exportirt; es wird im Uebrigen jede Qualität gefertigt, auch Arbeiterartikel. Die Zahl der in Stettin und Umgebung in der Branche beschäftigten Personen wird auf 4500 bis 5000, die Zahl der in Stettin selbst thätigen auf 3000 geschätzt. Das Zwischenmeisterthum ist nicht ganz so ausgeprägt wie in Berlin. Ueber Konkurrenz der Frauen besserer Stände wird nicht besonders geklagt. Die Saisons werden von Februar bis Anfang Mai und von August bis November gerechnet. Die gezahlten Löhne sind geringer als in Berlin. Ueber die Lage der gedachten Hausindustrie sind ferner von der Reichskommission für Arbeiterstatistik hiesige Auskunftspersonen in Berlin am 16. April 1896 vernommen worden. Für das Daugeverbe endlich ist von Interesse, daß sich das königliche Landgericht der Ansicht des Gewerbegerichts, daß der Kolonnenführer der Regel nach nicht als selbständiger Unternehmer anzusehen sei, angeschlossen hat. Die gegen das Urtheil vom 10. März 1896, durch welches ein Maurermeister zur Zahlung von 256 Mark Entschädigung an eine Steinträgerkolonne verurtheilt war, eingelegte Berufung ist nämlich durch Urtheil des Landgerichts vom 29. September cr. verworfen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. Dezember. Die Fachkommission für den Getreidehandel hat in einer gestern Nachmittag abgehaltenen Versammlung Stellung zur neuen Börsen-Ordnung genommen und nach Verlesung dieser Börsen-Ordnung einstimmig beschlossen, von der Getreidebörse fernzubleiben und den Mitgliedern der Getreidebörse vorzuschlagen, dasselbe zu thun. Zu diesem Beschlusse ist die Kommission gekommen hauptsächlich in Erwägung des § 3 wegen der darin enthaltenen Grenzstränkungen und der §§ 14 und 15 wegen der Unausführbarkeit der darin enthaltenen Vorschriften. Die in vorstehendem Beschlusse angeführten Paragraphen der neuen Börsen-Ordnung lauten: § 3. Für Angelegenheiten des Handels mit Produkten der Landwirtschaft und ihrer Neben-

